

NIEDERSCHRIFT

über die 9. Sitzung des Rates

vom:	31.05.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	19.47 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender bis TOP 5 nÖT
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen - als Vorsitzender ab TOP 5 nÖT

Stv Bertelmann, Hans-Günter

Stv Boller, Joachim

Stv Daus, Anny

Stv Dittert, Katrin

Stv Eberlein, Klaus-Peter

Stv Elter, Uwe

Stv Flohren, Angelika

Stv Fries, Traute

Stv Gaden, Helga

Stv Gelber, Gunther

Stv Gierlich, Michael

Stv Glaamann, Herta

Stv Groß, Michael

Stv Heupel, Rüdiger

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz

Stv Höpfner-Diezemann, Ute

Stv Jacob, Martin

Stv Katz, Reinhilde

Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm

Stv Kleine, Sancho-Antonio

2. Stellv. BM Köhl, Siegfried

Stv Krombach, Ulrich - bis w. TOP 5 nÖT

Stv Lauble, Wilhelm

Stv Moll, Ilona

Stv Morgenschweis, Thomas

Stv Mues, Gunter

Stv Mues, Steffen

Stv Müller, Heinz

Stv Nauck, Gerda

Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Dr. Schultze, Reinhold
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Strunk, Christine
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

AM Bialowons-Sting, Eva
AM Dornseifer, Manfred
AM Nazarenus, Norbert
AM Weber, Christian
AM Wolf, Bruno

III. Vom Personalrat:

VA Bernshausen

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Mengel

Städt. OVR Kühn
Städt. OVR Lehmann
Rechtsdirektor Loos
VA Schneider
StAR Dorsch
BrandAM Ebertz
VA Wehler

StAR Munker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Gerlach, Heinrich

Stv Müller, Manfred

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird um die Punkte 3.4, 3.5, 14.3, 15 und 16 erweitert.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Ulrich Krombach als neues Mitglied des Rates verpflichtet und in sein Amt eingeführt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Bertelmann bestimmt.

9. Rat 31.05.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.05.2000

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

9. Rat 31.05.2000

3. Fragestunde

3.1 Beförderung von Beamten / Höhergruppierung von Angestellten

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.05.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

9. Rat 31.05.2000

3.2 Genehmigung einer Dienstreise nach Rheine

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.05.2000

Herr Dorsch erklärt, dass der Stadt Siegen durch die Dienstreise keine Kosten entstanden sind. Bezüglich der an Frau Wolf adressierten Frage ist darauf hinzuweisen, dass Anfragen grundsätzlich an den Bürgermeister zu richten sind. Sofern eine Auskunft eines Ratsmitgliedes gegenüber dem Rat gewünscht wird, ist ein entsprechender Beschluss erforderlich.

9. Rat 31.05.2000

3.3 Genehmigung einer Dienstreise nach Düsseldorf

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.05.2000

Herr Dorsch erklärt, dass für die genannte Dienstreise Fahrt- und Reisekosten in Höhe von 164,02 DM entstanden sind. Der Berechnung wurden die Regelungen des Landesreisekostengesetzes zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurde Verdienstausfall auf Basis des Regelstundensatzes gewährt. Im Übrigen wird auf die Ausführungen unter Punkt 3.2 verwiesen.

9. Rat 31.05.2000

3.4 Dimensionierung des Busbereitstellungsplatzes

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.05.2000

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.

Auf der zur Verfügung stehenden Fläche können derzeit ca. 20 Omnibusse, sowohl Standard- als auch Gelenkbusse abgestellt werden.

zu 2.

Die Verwaltung kann die Beobachtung nicht bestätigen, dass der provisorische Busbereitstellungsplatz „eigentlich nie zu 100% ausgelastet ist“. Die Belegung ist abhängig von der jeweiligen Tageszeit und den Wochentagen. Eine ständige Beobachtung wird verwaltungsseitig nicht vorgenommen.

zu 3.

Der Neubau des ZOB mit 17 Haltestellen und der Busbereitstellungsplatz mit 49 Stellplätzen sind als verkehrstechnische Einheit anzusehen, da alle Aufenthalte auf dem ZOB nach max. 7 Minuten auf dem Busbereitstellungsplatz abgewickelt werden müssen. Die Funktionsfähigkeit des ZOB, insbesondere während der Hauptverkehrszeiten, ist ohne den Busbereitstellungsplatz nicht sicherzustellen. Die Anzahl der notwendigen Stellplätze auf dem Busbereitstellungsplatz ist durch einen Belegungsplan, der Bestandteil des Zuschussantrages ist, nachgewiesen und genehmigt.

zu 4.

Die angesprochenen Grundstücke befinden sich im Eigentum der Bundesstraßenverwaltung. Sie sind zur Verkehrsicherung abgegrenzt und aufgrund der nicht befestigten Oberfläche für das Abstellen von Omnibussen nicht geeignet.

zu 5.

Die Umsetzung des Bebauungsplanes ist, soweit sie die Rechte des Klageführers im Normenkontrollverfahren berührt, zur Zeit nicht möglich. Die Verwaltung wird sich um eine zügige Behandlung vor dem Oberverwaltungsgericht bemühen, das Ergebnis ist abzuwarten. Darüber hinaus ist mitzuteilen, dass verwaltungsintern eine Lösung außerhalb des Klageverfahrens geprüft wird.

9. Rat 31.05.2000

3.5 Besetzung der Stelle des/der Kinder- und Jugendbeauftragten

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.05.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

9. Rat 31.05.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Regelungen für den Beirat für Stadtgestaltung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.05.2000

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag nicht folgen, so Herr Kirchhöfer. In den Gesprächen mit allen Beteiligten wurde deutlich, dass vor allem eine frühzeitige Einbindung des Beirates wichtig ist. Eine öffentliche Diskussion von in privatem Auftrag erteilten Planungen ist seines Erachtens abwegig.

Auch die CDU-Fraktion sieht keine Notwendigkeit für eine öffentliche Beratung des Beirates, erklärt Herr Mues, da dessen Arbeit ausschließlich auf fachliche Gesichtspunkte ausgerichtet ist.

Herr Siebel weist darauf hin, dass keine Verpflichtung zur Vorstellung privater Vorhaben im Beirat besteht. Eine öffentliche Diskussion wäre daher nicht im Interesse der Sache. Eine Einbindung der Umweltverbände ist nach Auffassung der UWG-Fraktion im Hinblick auf die gewünschte Funktion als Fachbeirat nicht erforderlich, zumal dann andere Interessenverbände benachteiligt würden.

Herr Boller entgegnet, dass es durchaus angebracht ist, z. B. über Bebauungspläne und Gestaltungssatzungen öffentlich zu beraten. Die Problematik bei der Behandlung privater Vorhaben ist nicht von der Hand zu weisen, in diesen Fällen besteht aber jederzeit die Möglichkeit, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Auch Herr Morgenschweis hält es für praktikabel, die Sitzungen des Beirates in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil zu gliedern.

Beschluss:

1. Die Sitzungen des Beirates für Stadtgestaltung sind grundsätzlich öffentlich.
2. Dem Beirat für Stadtgestaltung gehören mindestens zwei Vertreter der in Siegen ansässigen Umweltverbände an.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür)

9. Rat 31.05.2000

4.2 Gesamtplanung Bertramsplatz - Einplanung einer Skateranlage

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.05.2000

Herr Groß erläutert, dass die Einrichtung einer Skater-Anlage seit vielen Jahren erfolglos diskutiert und zahlreiche Standortvorschläge verworfen wurden. Im Zusammenhang mit der Planung für den Bertramsplatz scheint nunmehr eine Realisierung möglich. Er betont, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich eine Kinder- und Jugendbeteiligung an diesem Projekt unterstützt und in diesem Verfahren auch die Errichtung einer Skater-Anlage bewertet wissen möchte.

Herr Kleine macht deutlich, dass das Projekt Bertramsplatz zwei Komplexe umfasst, die Gestaltung der Grünfläche und des Parkplatzes einerseits und die Einrichtung eines Jugendzentrums im ehem. Hoesch-Gebäude und die Nutzung der davor liegenden Stellplätze andererseits.

Da die Gestaltung der Grünfläche ausdrücklich unter Beteiligung der Anwohner geplant werden soll, ist seines Erachtens eine Vorgabe in Form einer Skateranlage kontraproduktiv. Die Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen des blue-box-Projektes für das Jugendzentrum sollte gleichermaßen unbelastet von Vorgaben durchgeführt werden.

Herr Rujanski schließt sich seinem Vorredner an und macht deutlich, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich der Errichtung einer Skater-Anlage positiv gegenübersteht. Es sollte jedoch abgewartet werden, ob diese von den Kindern und Jugendlichen gewünscht wird.

Verwaltungsseitig wird der Antrag so verstanden, so Herr Dr. Rohr, dass geprüft werden soll, ob eine Skater-Anlage in diesem Bereich tatsächlich und rechtlich möglich ist. Dies kann im Rahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung nicht geleistet werden.

Herr Dr. Schultze hält es für sinnvoll, im Vorfeld die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zu prüfen. Als Standort wäre dieser zentrale Platz in Siegen-Mitte gut geeignet.

Der Antrag hat zum Ziel, so Herr Groß, zu prüfen, ob der Standort mehrheitsfähig ist und ob er akzeptiert würde.

Herr Mues macht deutlich, dass für die CDU-Fraktion der Gesamtplatz zur Zeit nicht zur Diskussion steht, da kein entsprechendes Konzept für die künftige Nutzung und Gestaltung vorliegt. Der Bertramsplatz als solcher sollte möglichst erhalten bleiben.

Herr Bertelmann schlägt vor, in der Antragsformulierung den konkreten Standort-vorschlag zu streichen und in Zusammenhang mit der Planung für den Platz die Errichtung einer Skater-Anlage zu überprüfen.

Herr Rujanski befürwortet den Vorschlag von Herrn Bertelmann und erhebt diesen zum Antrag.

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Rothenpieler Schluss der Debatte.

Auf der Rednerliste sind noch die Herrn Dreisbach, Groß und Schulze notiert.

Beschluss (über den Geschäftsordnungsantrag):

Die Debatte wird geschlossen.

Ergebnis: Mehrheitlich dafür (19 Stimmen dagegen, 6 Enthaltungen)

Beschluss (über den Antrag von Herrn Rujanski):

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, bei der Gesamtplanung des Betramsplatzes und des Jugendtreffs die Errichtung einer Skater-Anlage zu prüfen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (26 Stimmen dafür, 2 Enthaltungen)

9. Rat 31.05.2000

5. **Übernahme einer Projektpatenschaft zugunsten von terre des hommes Deutschland e.V. für Straßenkinderprojekte in Mosambik**

Vorlagenr. 390/00 - Vorlage vom 17.04.2000

Beschluss:

Da das Projekt des Kinderhilfswerks terres des hommes „Street Ahead“ in Simbabwe ausgelaufen ist, beschließt der Rat der Stadt Siegen, eine neue Patenschaft für terres des hommes „Straßenkinder in Mosambik“ zu übernehmen. Die Förderung erfolgt in Höhe von 5.000,00 DM pro Jahr aus der landesseitig zur Verfügung gestellten Pauschalzuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungs-zusammenarbeit (GFG-Mittel).

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

9. Rat 31.05.2000

6. Beirat für Stadtgestaltung - Geschäftsordnung / Besetzung

Vorlagenr. 466/00 - Vorlage vom 18.05.2000

Herr Morgenschweis bemängelt, dass wiederholt die Beteiligung des Rates auf den Fraktionsstatus abstellt und bittet, eine Überprüfung durch die Aufsichtsbehörde zu veranlassen.

Herr Stötzel erklärt, dass der Rat frei ist, Regelungen für derartige Gremien zu treffen und er insoweit keinen Prüfungsbedarf sieht.

Auf Bitte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird über die Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages getrennt abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte neue Geschäftsordnung für den Beirat für Stadtgestaltung.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (5 Gegenstimmen BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, 0 Enthaltungen)**

Beschluss:

2. Der Rat der Stadt Siegen bestellt die in der der Vorlage beigefügten Anlage 2 aufgeführten Personen zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Beirates für Stadtgestaltung.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

9. Rat 31.05.2000

**7. Parkraumbewirtschaftungskonzept II, Siegen Weidenau
Bewirtschaftung des Bismarkplatzes**

Vorlagenr. 438/00 - Vorlage vom 11.05.2000

Herr Kirchhöfer erinnert an seinen Hinweis in der letzten Sitzung des Rates auf die Problematik bei einer Bewirtschaftung mittels Parkscheinautomat. Die städtischen Ordnungskräfte werden mit dieser Regelung einer ständigen Beschäftigung und Belastung ausgesetzt, was durch anderweitige Regelungen vermieden werden könnte.

Herr Boller merkt an, dass die Überwachung des ruhenden Verkehrs primär zur Verhinderung von Verstößen gegen die Verkehrssicherheit notwendig ist und bereits für diese Aufgabe zu wenig Personal zur Verfügung steht. Die Kontrolle von Parkzeit-überschreitungen erhöht diesen Bedarf. Er weist darauf hin, dass der Beschluss um den zeitlichen Beginn der Maßnahme zu ergänzen ist.

Herr Rothenpieler möchte sichergestellt wissen, dass ausschließlich über die Vorlage Nr. 438/00 entschieden wird und nicht über das der Vorlage als Anhang beigefügte Konzept.

Dies wird von Herrn Bürgermeister Stötzel bestätigt.

Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Bismarckplatz mit Hilfe von Parkscheinautomaten ab 01. September 2000 zu bewirtschaften.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (9 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen)

9. Rat 31.05.2000

8. Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 2001 - 2005

Vorlagenr. 432/00 - Vorlage vom 03.05.2000

Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlags):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den mittelfristigen Ausbildungsstellenplan für den Zeitraum 2001 bis 2006, wobei ab dem Jahr 2001 zwei Stellen für den Ausbildungsberuf Informationskauffrau/mann unter Beibehaltung der Gesamtstellenzahl von 95 Auszubildenden vorzusehen sind.
Die Verwaltung wird gebeten, im Jahr 2000 eine Stelle im Ausbildungsberuf Informationskauffrau/mann zu besetzen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

9. Rat 31.05.2000

9. Übernahme von Auszubildenden bei der Stadtverwaltung Siegen im Jahr 2000

Vorlagennr. 458/00 - Vorlage vom 17.05.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die im Anschluss an eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung Siegen mögliche befristete Beschäftigung von Auszubildenden von bisher 6 auf 12 Monate zu erhöhen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

9. Rat 31.05.2000

**10. Budgetierung im Schulbereich;
Ausnahmen von haushaltsrechtlichen Vorschriften gemäß §§ 126 und 91 Abs. 1 GO NW**

Vorlagennr. 371/00 - Vorlage vom 27.03.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die getrennte Bereitstellung von Mitteln des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes auf speziell eingerichteten Girokonten für die städtischen Schulen und die Übertragung der Zahlungsgeschäfte auf die Schul-leiterinnen und Schulleiter und sonstige Berechtigte.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

9. Rat 31.05.2000

11. Anpassung von Aufwandsentschädigungen, pauschalem Auslagen-ersatz und Zuschüssen zur Kameradschaftspflege für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Siegen mit Wirkung zum 01. Januar 2000

Vorlagennr. 397/00 - Vorlage vom 11.04.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Anpassung von Aufwandsentschädigungen, pauschalem Auslagenersatz und Zuschüssen zur Kameradschaftspflege für Ange-

hörige der Freiwilligen Feuerwehr Siegen mit Wirkung zum 01. Januar 2000 in der in der Vorlage genannten Höhe.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

9. Rat 31.05.2000

12. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31. März 2000

Vorlagennr. 424/00 - Vorlage vom 13.04.2000

Herr Baumeister berichtet ergänzend, dass nach aktuellem Stand das Defizit bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer nicht aufgefangen werden konnte. Die

derzeitige Einnahmeerwartung für das Jahr 2000 liegt bei 83 Mio. DM, wovon 66,7 Mio. DM belegt sind. Die Vergleichszahl des Vorjahres beträgt 77,8 Mio. DM. Der Verwaltung liegen keine seriösen Hinweise vor, wie der Rückstand im laufenden Haushaltsjahr beseitigt werden kann. Bei den Personalkosten wurde im Haushaltsplan eine Steigerung aufgrund der Tarifabschlüsse von 1% unterstellt. Die Verhandlungen bleiben abzuwarten, verwaltungsseitig wird jedoch eine Nachfinanzierung erwartet.

In der Perspektive für das Jahr 2001 sind zahlreiche Fragen, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen des neuen Steuerrechts, nicht geklärt. Es ist daher nicht möglich, zum jetzigen Zeitpunkt seriöse Eckdaten für den kommenden Haushalt zu nennen. Darüber hinaus wird aufgrund der Auswirkungen des zweiten Modernisierungsgesetzes im Bereich der Sozialhilfe ein erheblicher Anteil zusätzlich aufzubringen sein.

Herr Siebel erklärt zu Protokoll:

"Nachdem sich der Kämmerer die erdenklichste Mühe gibt, die Haushaltslage darzustellen und ich selbst in meiner Haushaltsrede versucht habe, die Situation klarzumachen, muss ich feststellen, dass wir, der Kämmerer und ich, genau so gut den Saal verlassen könnten. Es ist schlimm, dass hier vorhin "nach Vorlage" gerufen wurde. Es scheint nicht bekannt zu sein, wo dieser Haushalt steht. Wir wissen, dass ein Defizit von 74 Mio. DM besteht, das inzwischen locker auf 85 Mio. DM zuläuft: 9,8 Mio. DM Gewerbesteuer, 1,3 Mio. DM Erhöhung Sozialhaushalt - wenn es dabei bleibt - mit Sicherheit 1 Mio. DM Personalkostenenerhöhung, da sind Sie schnell bei 85 Mio. DM. Bei dem, was sich für nächstes Jahr abzeichnet, fällt es nicht schwer zu sagen, dass wir in 2001 bei 100 Mio. DM Defizit liegen werden. Vorhin im Hauptausschuss hat der Kämmerer mitgeteilt, dass der Kassenkredit mittlerweile bei 104 Mio. DM liegt, also, wir leben vom Kassenkredit in dieser Stadt. Wenn sie dies hochrechnen, können Sie bei 90 Mio. DM Defizit leicht 120 Mio. DM Kassenkredit ausrechnen. Ich frage Sie, wie das weitergehen soll. Wenn ich weiß, dass der Reparaturstau inzwischen weit über 100 Mio. DM beträgt, werden das locker 150 Mio. DM: 30 Mio. DM Schulen bis 2005, 18 Mio. DM für Brücken, wo jeden Tag etwas dazu kommt,

beim Sporthaushalt sind es 25 Mio. DM, die Siegerlandhalle 30 Mio. DM, 13 Mio. DM sind für dieses Jahr beim Straßenbau angegeben, das sind schon 115 Mio. DM und der Straßenbau hat erheblich höhere Bedarfe. Wenn ich höre, seit vier Jahren werden in den Sporthallen rote, gelbe und grüne Zettel angeklebt, weil dort Kleingeräte defekt sind, seit vier Jahren geschieht nichts.

Meine Damen und Herren, ich kann Sie nur inständig bitten, sich mit dieser Vorlage etwas genauer zu beschäftigen - es ist eine Horrervorlage. Wir sind dabei - ich hatte gehofft wir würden in diesem Jahr endlich auf dem Plus-Minus-Null-Stand bleiben - immer weiter nach unten zu rutschen. Und dann haben wir auch noch laufend große Projekte, ich weiß nicht, wo das hingehen soll. Trotzdem wird locker an dem Apollo-Theater weiter gearbeitet und in die Welt gestreut, es sei finanzierbar. Das soll mir mal jemand bei dieser Haushaltslage vorrechnen. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Worte des Kämmerers ernst. Ich kenne das auch seit Jahrzehnten, die Kämmerer klagen immer, aber das ist hier kein Klagen mehr, sondern es sind Fakten, vor den wir hier stehen.

Herr Bürgermeister, ich bitte Sie und auch die Mehrheitsfraktion, hier zur Sache zu kommen. Sie machen es sich ja leicht in Ihrem Blättchen "Unter dem Krönchen" - dem Bürger können sie das ja vorgaukeln, dass die von SPD und UWG beschlossene Steuererhöhung "nichts gebracht hätte". Wir hätten noch 8,4 Mio. DM mehr Defizit und ständen jetzt schon über 80 Mio. DM. Und dann kann man noch lesen, welche Anschläge Sie noch vorhaben. Ich bitte Sie, die Mehrheitsfraktion, ich bin bereit, mit Ihnen zur Sache zu gehen, nicht bei solchen Dingen "nach Vorlage" zu rufen."

Fazit:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

9. Rat 31.05.2000

**13. Bebauungsplan Nr. 271 „Gewerbe- und Industriegebiet Rinsenu
- Teil A“ im Stadtteil (Alt-)Siegen**

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung nebst Begründung

Vorlagennr. 439/00 und 439/00 A - Vorlagen vom 03.05. und 26.05.2000

Unter Hinweis auf § 31 GO NW verlässt Frau Schleifenbaum den Sitzungsraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Brune verweist auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss und die dort aufgeworfene Frage, inwieweit die Beratungen vorgeschalteter Fachausschüsse Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit des Satzungsbeschlusses haben.

Herr Loos nimmt Bezug auf seine Erläuterungen im Haupt- und Finanzausschuss und führt aus:

Am 22. Mai 2000 hat eine gemeinsame Sitzung des Bezirksausschusses IV, des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie, des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften und des Bauausschusses stattgefunden. In dieser Sitzung ist dem Antrag zur Tagesordnung, die Rednerliste zu schließen und über einen zuvor von Herrn Reitz gestellten Antrag zu beschließen, mehrheitlich gefolgt worden. Allerdings ist im Anschluss daran die gemeinsame Sitzung geschlossen worden, ohne dass zuvor über die gestellten Sachanträge abgestimmt worden ist. Damit stellt sich Frage, ob der Rat den Satzungsbeschluss rechtmäßig fassen kann, oder ob die Ausschüsse zuvor erneut mit der Angelegenheit befasst werden müssen. Eine Rechtsverletzung der Bestimmungen des Baugesetzbuches ist durch die o. g. Verfahrensweise unter keinen in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkten festzustellen. Das Baugesetzbuch normiert in den Form- und Verfahrensvorschriften für die Aufstellung der Bauleitpläne keine Vorbefassung gemeindlicher Ausschüsse. Damit könnte allenfalls eine Rechtsverletzung allgemeiner kommunalverfassungsrechtlicher Normen gegeben sein. Aber auch nach Prüfung dieser Bestimmungen lässt sich feststellen, dass eine Rechtsverletzung nicht besteht. Zum geltenden Recht, das im Sinne des § 54 Gemeindeordnung bei jedem Gemeinderatsbeschluss zu beachten ist gehört nach herrschender Auffassung auch das Organisations- und Verfahrensrecht, mithin auch die Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse. Ein Ratsbeschluss, der die Zuständigkeitsordnung nicht beachtet ist rechtswidrig und muss beanstandet werden unabhängig davon, ob ein solcher Verstoß nachher durch Zeitablauf heilbar ist oder nicht. Die Zuständigkeitsordnung sieht bei der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung für die o. g. Ausschüsse eine Mitwirkung in Form der Beratung vor. Damit setzt die Rechtmäßigkeit des Satzungsbeschlusses auf jeden Fall eine Beratung in den betreffenden Ausschüssen voraus. Ausweislich des vorliegenden Vorab-Auszuges aus der Niederschrift hat auch eine solche Beratung stattgefunden. Es kommt nicht darauf an, ob eine solche Beratung auch zu einem greifbaren Ergebnis, ggf. in Form einer Beschlussempfehlung, führt. Das ist nicht Voraussetzung einer Beratung im Sinne der Zuständigkeitsordnung. Im Ergebnis bedeutet dies, dass der Rat heute den Satzungsbeschluss fassen kann, ohne dass erneut in den v. g. Ausschüssen beraten werden muss.

Frau Strunk merkt an, dass in der genannten Sitzung ihres Erachtens nicht in der Sache beraten wurde. Es gab einen kurzen Einstieg durch die Verwaltung, aber keinerlei Diskussion außer zum Verfahren. Es gab einige Wortbeiträge, wobei die Verwaltung nicht die Gelegenheit zur Antwort hatte. Sie weist darauf hin, dass es bei solchen gemeinsamen Sitzungen im Vorfeld bereits sehr aufwendig ist, Termine abzustimmen und die Vorbereitungen zu treffen. Wenn dann die Bereitschaft besteht, im Interesse eines zügigen Verfahrens gemeinsame Sitzungen durchzuführen müsste ihres Erachtens eine Beratung gewährleistet sein. Vor dem Hintergrund, dass - von den Kosten abgesehen - zahlreiche Ausschussmitglieder nicht ohne Aufwand an Sonderterminen teilnehmen können und auch in der Verwaltung erhebliche Kräfte gebunden werden, kritisiert sie das in der angesprochenen Sitzung praktizierte Vorgehen.

Herr Dreisbach weist darauf hin, dass für die Vertreter der CDU-Fraktion die rechtliche Frage, ob das Urteil des OVG Münster Einfluss auf den Bebauungsplan hat, sehr wichtig war. Dazu konnte in der angesprochenen Sitzung jedoch keine Auskunft gegeben werden.

Herr Loos erklärt auf Frage von Herrn Dr. Schultze, dass er an der Sitzung teilgenommen und auch ausweislich der vorliegenden Sitzungsunterlagen eine Beratung stattgefunden habe. Dass die Beratung ohne ein konkret greifbares Ergebnis endete, stellt nicht die Tatsache in Zweifel, dass tatsächlich eine Beratung stattgefunden hat. In der Zuständigkeitsordnung ist ausgeführt, dass für die verbindliche und vorbereitende Bauleitplanung eine Beratung in den Ausschüssen stattfinden muss, es ist jedoch nicht angegeben, dass diese Ausschüsse eine Beschlussempfehlung für den weiteren Verfahrensgang aussprechen müssen. Es entspricht im Übrigen auch nicht der ständigen Verwaltungspraxis in diesem Rat, denn es kommt wiederholt vor, dass auch in anderen Verfahren Beschlussempfehlungen die Ausschüsse passieren, ohne dass eine Empfehlung für den Haupt- und Finanzausschuss oder den Rat abgegeben wird. Über die Vorberatung hinaus ist es erforderlich, dass dem Rat bei seiner Entscheidung das gesamte Abwägungsmaterial zur Verfügung steht.

Herr Siebel merkt an, dass eine Debatte stattgefunden hatte und erst durch den Geschäftsordnungsantrag auf "Schluss der Debatte" beendet wurde.

Herr Morgenschweis erklärt zu Protokoll, dass er mit der Formulierung von Herrn Loos nicht einverstanden ist, dass am 22.05. eine Beratung stattgefunden hat. Er fragt, wie verwaltungsrechtlich eine "Beratung" definiert wird.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass allen zu beteiligenden Ausschuss-mitgliedern die Beratungsunterlagen vorlagen, der Punkt in der Tagesordnung der jeweiligen Sitzung enthalten war und damit den Anforderungen der Zuständigkeits-ordnung entsprochen wurde, eine Beratung vorzunehmen. Es ist jedem Ausschuss unbenommen, durch Geschäftsordnungsantrag die Debatte zu beenden.

Bezug nehmend auf die Frage von Herrn Dr. Holzapfel verweist Herr Loos auf die vorliegende Ergänzungsvorlage zum Bebauungsplan. In dieser Vorlage sind der neueste Sachstand dargestellt und die Ausführungen des Bundesverwaltungsge-richtes berücksichtigt. Wichtig für die heutige Sitzung ist, dass sich der Rat zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses über die aktuelle Sachentwicklung kundig machen muss und dem Umstand, dass das Urteil des Oberverwaltungsgericht rechtskräftig ist, Rechnung trägt.

Beschluss (gem. Vorlage Nr. 439/00 und 439/00 A):

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Ergänzungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

1. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen beschließt der Rat der Stadt Siegen wie folgt:
 - Den Anregungen der Firma Flender, den Schalleistungspegel zu erhöhen, die lfd. Nr. 38 der Abstandsliste doch zuzulassen und eine Erweiterung in südlicher Richtung vorzunehmen, wird nicht gefolgt (siehe Pkt. 2.1.1 der Vorlage).
 - Den Anregungen des Einzelhandelsverbandes hinsichtlich des Einzelhandels und der Begrenzung der Verkaufsfläche wird nicht gefolgt (siehe Pkt. 2.1.2 der Vorlage).
 - Den Anregungen und Bedenken der Rechtsanwälte Schleifenbaum und Partner hinsichtlich
 - a) des Strukturwandels,
 - b) der Belange der Wirtschaft,
 - c) des Einzelhandels und Agglomeration,
 - d) der Funktion des Oberzentrums,
 - e) der Qualifikation als Industriegebiet,
 - f) der Infrastruktur,
 - g) der Gliederung des Gebietes,
 - h) der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
 - i) der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung,
 - j) der Kleinräumigkeit und
 - k) der Abwägungsdefizite

wird nicht gefolgt (siehe Pkt. 2.1.3 der Vorlage).

2. Redaktionelle Änderungen zum Heidenberg:

Die Begründung zum Bebauungsplan wird um die neueste Entwicklung am Heidenberg ergänzt, d. h., die Stadt Siegen entwickelt dort z. Z. einen Bebauungsplan für ein Gewerbegebiet.

Das Wort "Wertkauf" ist durch das Wort "WAL-Mart" zu ersetzen.

Die Begründung zum Entwurf des Bebauungsplanes bleibt im Übrigen unverändert - vorbehaltlich der in dieser Vorlage angegebenen nachstehenden Ausführungen.

3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt
 - 3.1 den Bebauungsplan Nr. 271 "Gewerbe- und Industriegebiet Rinsenu - Teil A" gem. § 10 BauGB als Satzung.
 - 3.2 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 271 "Gewerbe- und Industriegebiet Rinsenu - Teil A" laut Anlage 2.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

9. Rat 31.05.2000

14. Ausschussneubesetzungen

14.1 Ergänzende Ausschussbesetzung - Jugendhilfeausschuss

Vorlagenr. 443/00 - Vorlage vom 17.05.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Klaus Gräbener als ordentliches beratendes und Herrn Jürgen Halbe als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

9. Rat 31.05.2000

14.2 Ausschussneubesetzung - Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Vorlagenr. 444/00 - Vorlage vom 17.05.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Wolfgang Kuhn als ordentliches beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

9. Rat 31.05.2000

14.3 1. Ausschussneubesetzungen

2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW

Vorlagenr. 490/00 - Vorlage vom 30.05.2000 (Tischvorlage)

Beschluss:

1. Ausschussneubesetzungen

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1.1 in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Frau Anna-Elisabeth Schmidt-Peters (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.2 in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herrn Ulrich Krombach (Stv) als ordentliches Mitglied und

Frau Christine Strunk (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.3 in den Rechnungsprüfungsausschuss

Herrn Joachim Boller (Stv) als ordentliches Mitglied und

Herrn Ulrich Krombach (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.4 in den Jugendhilfeausschuss

Herrn Michael Groß (Stv) als ordentliches beratendes Mitglied

1.5 in den Sport- und Bäderausschuss

Herrn Ingo Müller-Kurz (s. B.) als ordentliches Mitglied und

Herrn Ulrich Krombach (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.6 in den Wahlprüfungsausschuss

Herrn Joachim Boller (Stv) als ordentliches Mitglied und

Frau Christine Strunk (Stv) als stellvertretendes Mitglied

**2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von
gem. § 113 GO NW**

Mitgliedschaftsrechten

Der Rat der Stadt Siegen bestellt Herrn Ulrich Krombach (Stv) zum stellvertretenden Mitglied in der Zweckverbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Städte Siegen und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

9. Rat 31.05.2000

15. Darstellung des Beauftragtenwesens in der Stadt Siegen

Vorlagenr. 487/00 - Vorlage vom 16.05.2000

Fazit:

Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zum Beauftragtenwesen in der Stadt Siegen zur Kenntnis.

9. Rat 31.05.2000

**16. Fahrzeuersatzbeschaffung;
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung bei HHSt. 1.675.9351.8**

Vorlagenr. 468/00 - Vorlage vom 19.05.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt im Rahmen der Übergangswirtschaft bei der Haushaltsstelle 1.675.9351.8 Haushaltsmittel in Höhe von 300.000,00 DM gemäß § 82 Abs. 1 GO NW überplanmäßig zur Ersatzbeschaffung von zwei Kleinkehrmaschinen bereitzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

9. Rat 31.05.2000